

Schwerpunkt Volksabstimmung in der Schweiz

Nach Abstimmung
Corona-Kritiker
machten in Bern
ihrem Unmut Luft

BERN Nach dem klaren Ja zum Covid-19-Gesetz versammelten sich am Nachmittag einige Dutzend Corona-Massnahmen-Gegner auf dem Bundesplatz. Im Schneegestöber schwenkten sie Schweizerfahnen und skandierten «Liberté!» (Freiheit). Die Kantonspolizei Bern tolerierte die Versammlung. Später marschierten etwa 50 Menschen durch die Innenstadt. Die Polizei begleitete den Umzug. Am Rande kam es vereinzelt zu gehässigen Konfrontationen zwischen Demonstrierenden und Dritten. Die meisten Passanten schauten dem Treiben aber gelassen zu. Gegner der Corona-Massnahmen hatten im Internet zu einer Kundgebung in Bern am Abstimmungssonntag aufgerufen. Die grösseren Protest-Organisationen hatten den Aufruf allerdings nicht verbreitet. Trotzdem waren die Behörden laut Bundeskanzlei von einem «sehr grossen Mobilisierungspotenzial» ausgegangen. Bereits am Sonntagvormittag war deshalb der Gitterzaun am Bundesplatz montiert worden. Laut dem Politologen Claude Longchamp wurde das Bundeshaus erstmals überhaupt wegen einer eidgenössischen Abstimmung abgeriegelt. Das sei ein «bedenklicher Tiefpunkt», schrieb Longchamp auf Twitter – «auf den Tag 173 Jahre, nachdem Bern Bundesstaat wurde». (sda)

68,1 Prozent «Nein»
Justizinitiative
klar gescheitert

BERN Das Losverfahren für die Wahl ans Bundesgericht hat bei Volk und Ständen keinen Anklang gefunden. Während das Parlament statt eines Systemwechsels nun eine sanfte Reform des Wahlsystems vorbereitet, hält der Kopf der Justizinitiative an seinem Vorhaben fest. Obwohl über zwei Drittel der Stimmenden und alle Kantone die Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justizinitiative)» verwarfen, hat der Zuger Unternehmer Adrian Gasser noch am Sonntagabend angekündigt, eine zweite Abstimmung anzustreben. Beim zweiten Anlauf will Gasser nicht vom Initiativtext abweichen. Es sei unmöglich gewesen, die Bevölkerung innert so kurzer Zeit über die Missstände in der Justiz zu informieren, sagte Gasser der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Deshalb brauche es einen zweiten Anlauf. Für das deutliche Nein machte Gasser unter anderem die angeblich negative und falsche Berichterstattung über die Initiative in Medien sowie die frühe Verteilung des Abstimmungsbüchleins durch den Bund verantwortlich. (sda)

Hat nun die Vernunft oder
die Einschüchterung gesiegt?

Zweierlei Ansichten Die Reaktionen der siegreichen Befürworter des Covid-Gesetzes und jene der unterlegenen Gegner deuten nicht darauf hin, dass sich die Gräben zwischen den Lagern so rasch wieder schliessen lassen.

So erwarten etwa die Grünen nach dem «pragmatischen und enorm wichtigen Ja» von den Gegnern des Gesetzes, dass diese das demokratische Ergebnis akzeptieren und «dazu beitragen, dass die Schweiz zu einer gesunden Diskussionskultur zurückfindet». Auch die FDP hofft, dass «künftig wieder konstruktive Ansätze die Debatte prägen». Es sei zu hoffen, dass diejenigen, die sich als selbsternannte Freunde der Verfassung in Szene gesetzt hätten, sich «nun auch als Freunde der direkten Demokratie erweisen und das Abstimmungsergebnis akzeptieren», hieben die Freidenker in dieselbe Kerbe. Sie hatten in Anlehnung an die gegnerischen «Freiheitsstrychler» mit dem «Freiheitsimpfpler» für ein Ja zum Gesetz gewonnen.

«Nicht legitim und nicht bindend»

Es dürfte zumindest mit einem Teil der Verlierer nicht einfach werden. So machte die «Mass-Voll»-Bewegung um das Luzerner Aushängeschild Nicolas Rimoldi unmissverständlich klar, dass für sie das Ergebnis der Abstimmung zum Covid-Gesetz aufgrund der «beispiellosten und massiven Unregelmässigkeiten nicht legitim und für uns nicht bindend» sei.

Auch Josef Ender, Sprecher des unterlegenen Nein-Komitees «Gefährliche Covid-Verschärfung», will zwar das Verdikt «wohl oder übel akzeptieren». Das Ja des Stimmvolkes ändere indes nichts daran, dass das Gesetz gegen mehr als zehn Artikel in der Bundesverfassung verstosse. Das Komitee will am kommenden Dienstag nach einer Analyse des Resultates an einer Medienorientierung über das weitere Vorgehen informieren.

Als einzige Partei hatte sich die SVP für ein Nein zur Vorlage starkgemacht. Für die Aargauer Nationalrätin Martina Bircher war ein drohender Lockdown im Fall eines Neins der Hauptgrund für die Zustimmung zum Covid-Gesetz. Die SVP werde sich in der am Montag beginnenden Wintersession vehement gegen eine weitere Ausweitung der Einschränkungen durch das Zertifikat einsetzen.

Verlierer und Gewinner warfen einander nach Feststehen des Ergebnisses Desinformation und Manipulation vor. Eine deutliche Mehrheit sei «offensichtlich immun gegenüber allen Versuchen der Desinformation und Manipulation der Massnahmengegner», schrieb etwa die Ja-Kampa-



Nach jeder demokratischen Entscheidung gibt es Verlierer (oben) und Gewinner (unten). (Fotos: RM/AFP/Fabrice Coffrini (oben) und RM/Keystone via AP/Anthony Anex (unten))



gne der Zivilgesellschaft für das Covid-Gesetz. Auch die SP verurteilte die «irreführende Kampagne der Gegenseite», die mit «Drohungen und Aufrufen zu Gewalt zahlreiche rote Linien überschritten hat».

Irreführende Fragestellung

Rimoldis Mass-Voll und das Nein-Komitee wiederum kritisierten namentlich die «manipulative und offensichtlich irreführende Fragestellung auf dem Abstimmungszettel», eine Diffamierung der «Impfgegner»

und eine Behinderung durch Behörden und Medien. Die SVP teilte mit, die anderen Parteien trügen die Verantwortung für die Spaltung der Gesellschaft.

Für die erneut klar siegreichen Befürworter ist klar, dass die Zustimmung zum Covid-Gesetz «der schnellste Weg zurück in die Normalität ist», wie die FDP schreibt. Für die SP ist es der «gemeinsame, vernünftige Ausweg aus der Pandemie». Für die Grünliberalen ist das Covid-Zertifikat ein «wichtiger Schlüssel

für einen sicheren Ausstieg aus der Pandemie».

Die Bevölkerung stehe weiterhin klar hinter den Massnahmen, die von Bundesrat und Parlament beschlossen wurden, würdigte die Mitte-Partei das Verdikt des Stimmvolkes. Es gehe nun darum, einen guten Mittelweg zu finden in der Bekämpfung des Virus und seinen negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Sport und Kultur sind erleichtert

Auch Wirtschaft, Sport und Kultur zeigten sich zufrieden. Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl sprach von einem Vertrauensbeweis für die schweizerische Coronapolitik. Gegenüber einer Ausweitung der Zertifikatspflicht in Richtung 2G (genesen oder geimpft) zeigte sich Rühl grundsätzlich skeptisch. In keiner Art und Weise zielführend seien für Economiesuisse weitere Lockdowns. «Da sind wir strikt dagegen.»

Auch der Arbeitgeberverband und der Gewerbeverband (SGV) begrüsst den Entscheid des Stimmvolkes. Der SGV erinnerte daran, dass die gesetzliche Grundlage befristet sei und forderte den Bundesrat auf, eine massvolle und evidenzbasierte Politik zu betreiben. Für den Arbeitgeberverband liegt es nun am Bundesrat, «die Wogen zu glätten und eine verhältnismässige Politik weiterzuführen».

Wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und der Arbeitnehmenden-Dachverband Travailuisse sind die Wirtschaftsverbände froh, dass die Wirtschafts- und Finanzhilfen weitergeführt werden können. Nach dem erneuten klaren Ja erwartet die Taskforce Culture nun vom Parlament in der Wintersession die unveränderte Verlängerung der Entschädigungsmassnahmen und des Schutzschirmes für den Kultursektor.

Laut dem Schweizer Tourismusverband (STV) hat die Ja-Kampagne erfolgreich aufgezeigt, dass das Covid-Zertifikat in Zeiten der Pandemie die Freiheiten nicht zusätzlich einschränkt. Es sei vielmehr die einzige Möglichkeit für sicheres Reisen und damit grenzüberschreitenden Tourismus und stelle im Inland ein wertvolles Instrument im Umgang mit der Pandemie dar.

Der Dachverband Swiss Olympic sprach sich für die Beibehaltung der 3G-Regel für den Sport aus und forderte seine 110 Mitgliedsverbände auf, an Sportanlässen das Tragen einer Schutzmaske für alle Anwesenden, ausser die aktiven Sportlerinnen und Sportler, einzufordern. (sda)

Der Pflege-Berufsverband hat das Stimmvolk hinter sich

Erfolg Beim Applaus darf es nicht bleiben: Mit einem neuen Verfassungsartikel wollen die Stimmenden in der Schweiz die Politik dazu zwingen, die Situation in der Pflege zu verbessern. Mit klarem Mehr sagten sie Ja zur Pflegeinitiative.

Es ist eines der besten Resultate überhaupt für eine Initiative. Rund 2,16 Millionen Stimmende legten gemäss Endresultat der Kantone ein Ja ein, rund 1,38 Millionen ein Nein. Der Ja-Anteil lag bei rund 61 Prozent.

Und die Stimmbeteiligung lag bei 64,5 Prozent, eine der höchsten seit Einführung des Frauenstimmrechts. In städtischen Gebieten war die Zustimmung deutlicher als auf dem Land, in der Westschweiz im Mittel höher als im Rest des Landes. Unterdurchschnittliche Ja-Anteile gab es namentlich in der Zentralschweiz, aber auch in Teilen der Ostschweiz sowie im Tessin.

Nein sagte mit rund 53 Prozent einzig Appenzell Innerrhoden. Die höchsten Ja-Anteile von je über 66 Prozent hatten Basel-Stadt und Jura. Dass bei der Pflege Handlungsbedarf besteht, war Befürwortern und auch Gegnern der Initiative klar.

Schon vor der Pandemie fehlte es an gut ausgebildetem Personal in der Pflege. Mit Covid-19 verschärfte sich die Situation laut dem Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) – er hatte die Initiative lanciert – dann noch. Die Pflegenden seien chronisch überlastet, erschöpft und frustriert.

Der Bund muss unterstützen

Der neue Verfassungsartikel verlangt, dass Bund und Kantone für eine ausreichende Pflege von hoher Qualität für alle sorgen müssen. Ebenso sollen sie sicherstellen, dass entsprechend dem steigenden Bedarf genügend diplo-

mierte Pflegefachleute zur Verfügung stehen.

Weiter muss der Bund Bestimmungen erlassen zu den Arbeitsbedingungen in Spitälern, Heimen und Spitex-Organisationen. Zugunsten besserer Arbeitsbedingungen müssen Pflegeleistungen angemessen abgesehen werden. Verlangt werden zudem Bestimmungen zu Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung von Pflegenden.



(Symbolfoto: SSI)

Schliesslich sollen Pflegefachleute gewisse Leistungen direkt mit der obligatorischen Krankenpflegeversicherung oder anderen Sozialversicherungen abrechnen dürfen. Welche das sind, muss im Gesetz geregelt werden. Heute können sie grundsätzlich nur Leistungen abrechnen, die von ärztlicher Seite angeordnet sind.

Die Gesetzesartikel für die Umsetzung der Initiative muss das Parlament in den nächsten vier Jahren erlassen, also bis Ende November 2025. Doch schon vorher, nämlich innerhalb der nächsten eineinhalb Jahre, muss der Bundesrat etwas unternehmen gegen den Mangel an Pflegefachkräften. (sda)